



April 2011

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und drei Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Große Mehrheit für Atomausstieg bis spätestens 2020.....	5
Atom-Moratorium: Zwei Drittel für dauerhafte Abschaltung.....	7
Ministerpräsident der Grünen findet viel wohlwollende Resonanz	8
Politische Inhalte der Grünen am bekanntesten.....	10
Liberales Profil: FDP kann in ihren Regierungsressorts nicht punkten.....	11
Bewertung der wirtschaftlichen Lage auf neuem Rekordhoch	12
Zwei Drittel klagen über steigende Preise	14
Zufriedenheit mit der Bundesregierung gesunken.....	16
Sonntagsfrage: Grüne erneut auf Rekordhoch.....	17
Politikerbewertung: Steinmeier und Steinbrück führen Rangliste an.....	20

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND April 2011

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und drei Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Autor:	Jörg Schönenborn (WDR) ☎ 0221 / 220 - 1800	
Redakteur WDR:	Ingmar Cario (WDR) ☎ 0221 / 220 - 1800	
Wissenschaftliche Betreuung/Durchführung:	Heiko Gothe (Infratest dimap) ☎ 030 / 533 22 - 116	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.004 Befragte Sonntagsfrage: 1.504 Befragte	
Erhebungszeitraum:	04. bis 05. April 2011 Sonntagsfrage: 04. bis 06. April 2011	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer	☎ 030/533 22 - 113
	Reinhard Schlinkert	☎ 0228/329 69 - 3

Berlin, April 2011
67.10.119310

Analyse

Zusammenfassung

Nach der Atom-Katastrophe in Japan plädieren fast neun von zehn Deutschen für einen schnellen Ausstieg. Jeweils 43 Prozent möchten die Nutzung der Kernenergie etwa um das Jahr 2020 bzw. noch früher einstellen. Von ihrem entschiedenen Votum für einen schnellen Ausstieg lassen sich die Bürger nicht abbringen – auch wenn längere Laufzeiten der deutschen AKWs bedeuten würden, dass die CO₂-Belastung weniger stark steigen, Strom nicht so teuer werden würde bzw. Entschädigungszahlungen an die Energiekonzerne vermieden werden könnten. Nach dem Auslaufen des Moratoriums der Bundesregierung sollten aus Sicht von zwei Dritteln (67 Prozent) alle acht Atommeiler abgeschaltet bleiben.

Dass es in Baden-Württemberg voraussichtlich bald den ersten grünen Ministerpräsidenten geben wird, findet bei 60 Prozent der Deutschen positive Resonanz. Eine erneute grüne Regierungsbeteiligung im Bund würden 65 Prozent begrüßen. Zwei Drittel (67 Prozent) betonen die Bedeutung der Grünen wegen ihrer ausgewiesenen Kompetenz in der Atom-, Umwelt- und Klimapolitik. Die anderen Parteien mögen diese Forderungen längst auch in ihren Forderungskatalog übernommen haben, vermögen dort jedoch den Grünen nicht den Rang abzulaufen. Immerhin 43 Prozent sehen den grünen Bedeutungszuwachs als dauerhaft an. Dass Union und Grüne gut zusammen passen, glauben trotz des energiepolitischen Schwenks der Regierungsparteien allerdings nur 23 Prozent.

Die FDP mangelt es aus Sicht der Bürger an klaren inhaltlichen Profil. Nach Ansicht einer großen Mehrheit der Deutschen stehen die Liberalen momentan weder für eine kluge Steuerpolitik (74 Prozent), die jahrelang im Fokus ihrer Programmatik stand, noch für eine kompetente Wirtschaftspolitik (65 Prozent) bzw. eine verlässliche Außenpolitik (62 Prozent) – für Bereiche also, für die sie seit rund anderthalb Jahren Regierungsverantwortung trägt. Auf personeller Ebene ziehen alle abgefragten FDP-Politiker mehr Kritik als Lob auf sich – mit Ausnahme der Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

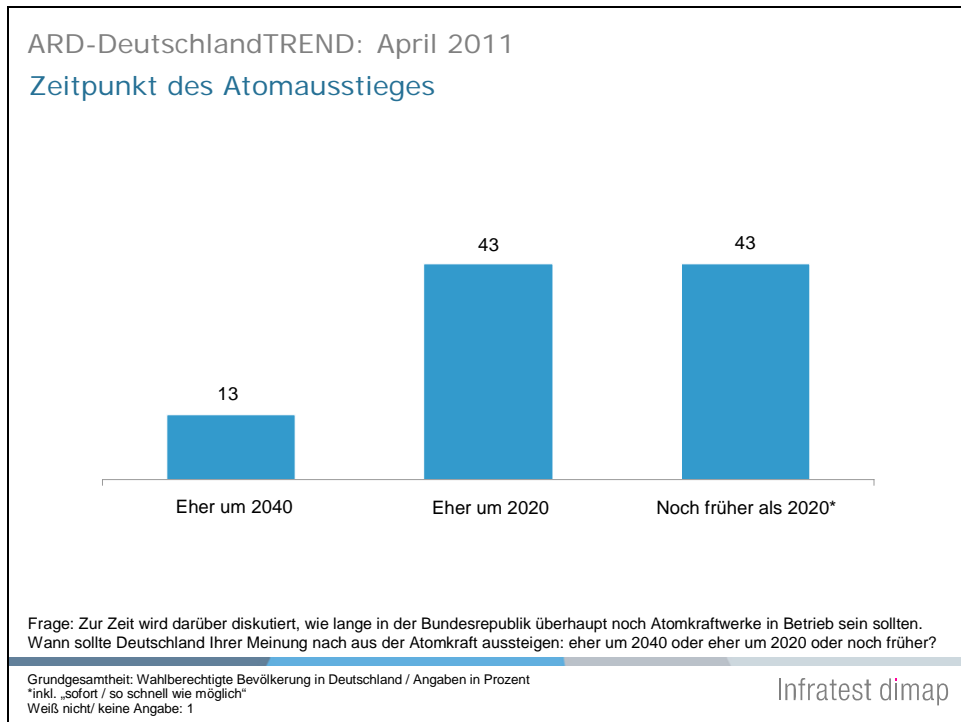
Von der guten wirtschaftlichen Stimmung in der Bevölkerung vermag die Bundesregierung weiterhin nicht zu profitieren. Nur noch 23 Prozent sind mit deren Arbeit zufrieden. Die politische Stimmung ist derzeit günstig für die Grünen: Bei einer Neuwahl des Bundestags, kämen sie auf 23 Prozent. Damit konnten sie ihren Stimmenanteil im Verlauf der letzten drei Wochen um insgesamt acht Punkte steigern und ihren bisherigen Rekordwert aus dem November 2010 einstellen. Die Union käme aktuell auf 33 Prozent (-2 im Vergleich zu Anfang März), die FDP auf 5 Prozent (-1). Neben den Regierungsparteien verliert auch die SPD (27 Prozent, -1) und die Linke (7 Prozent, -2) an Zustimmung in der Wahlbevölkerung.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier (60 Prozent) und der frühere Finanzminister Peer Steinbrück (59 Prozent) führen die Rangliste der beliebtesten Politiker an. Damit liegt zum ersten Mal seit April 2009 – damals ebenfalls Steinmeier – wieder ein SPD-Politiker an der Spitze. Das Vertrauen in Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich in den letzten Wochen abgeschwächt (48 Prozent). Umweltminister Norbert Röttgen konnte sein Ansehen von 28 auf 41 Prozent Zustimmung steigern.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND im April, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von drei Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 04. bis 06. April 1.004, für die Sonntagsfrage 1.504 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

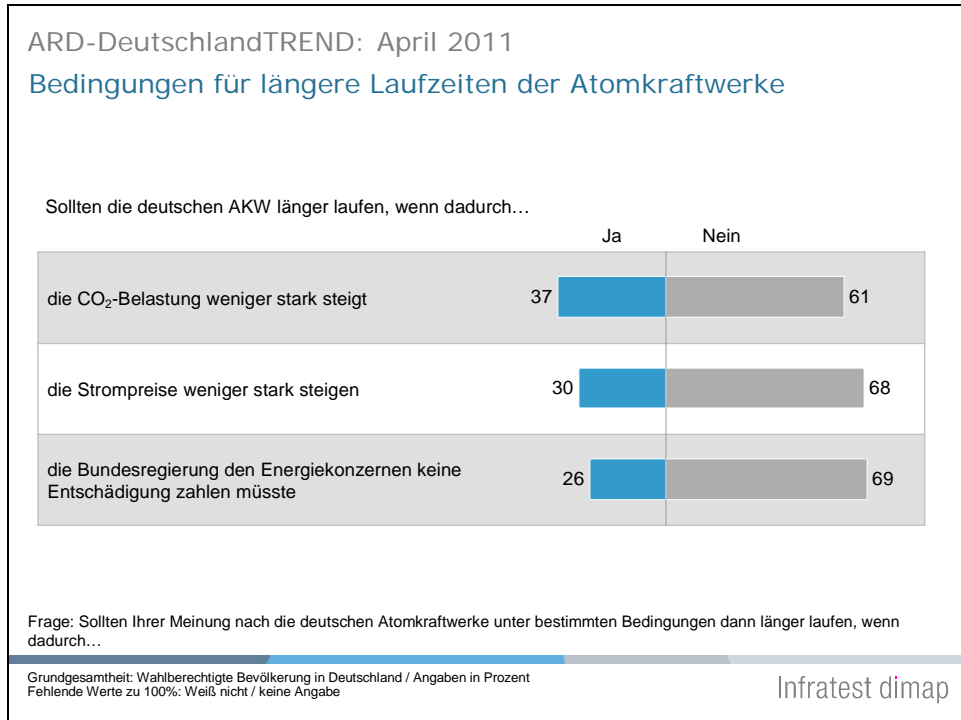
Große Mehrheit für Atomausstieg bis spätestens 2020

Nach der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima und dem Atom-Moratorium der Bundesregierung plädieren fast neun von zehn Bundesbürgern für einen schnellen Ausstieg in Deutschland. Jeweils 43 Prozent möchten die Nutzung der Kernenergie etwa um das Jahr 2020 bzw. noch früher einstellen. Lediglich 13 Prozent der Bürger sprechen sich für eine Fortsetzung der Atomverstromung bis 2040 aus.



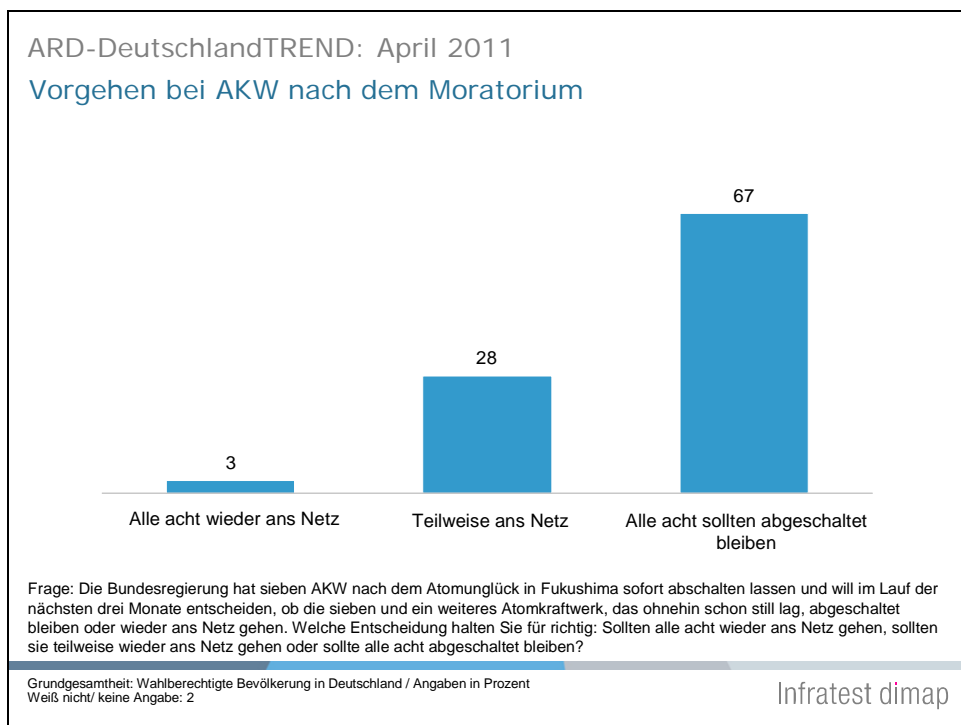
In den Anhängerschaften aller Parteien votieren große Mehrheiten für einen Atomausstieg bis spätestens 2020. Die Grünen-Anhänger sind am stärksten von einem noch früheren Abschalten der deutschen AKWs überzeugt (61 Prozent). Auch ein Viertel der Unions-Anhänger ist der gleichen Meinung.

Von ihrem entschiedenen Votum für einen schnellen Ausstieg lässt sich die Bevölkerung nicht abbringen – auch wenn längere Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke bedeuten würden, dass die Kohlendioxidbelastung weniger stark steigen würde: Lediglich 37 Prozent würden unter dieser Bedingung längeren Laufzeiten zustimmen. Noch geringer ist die Akzeptanz für längere Laufzeiten bei der Begrenzung des Anstiegs der Strompreise (30 Prozent) bzw. bei der Vermeidung von Entschädigungszahlungen an die Energiekonzerne (26 Prozent).



Atom-Moratorium: Zwei Drittel für dauerhafte Abschaltung

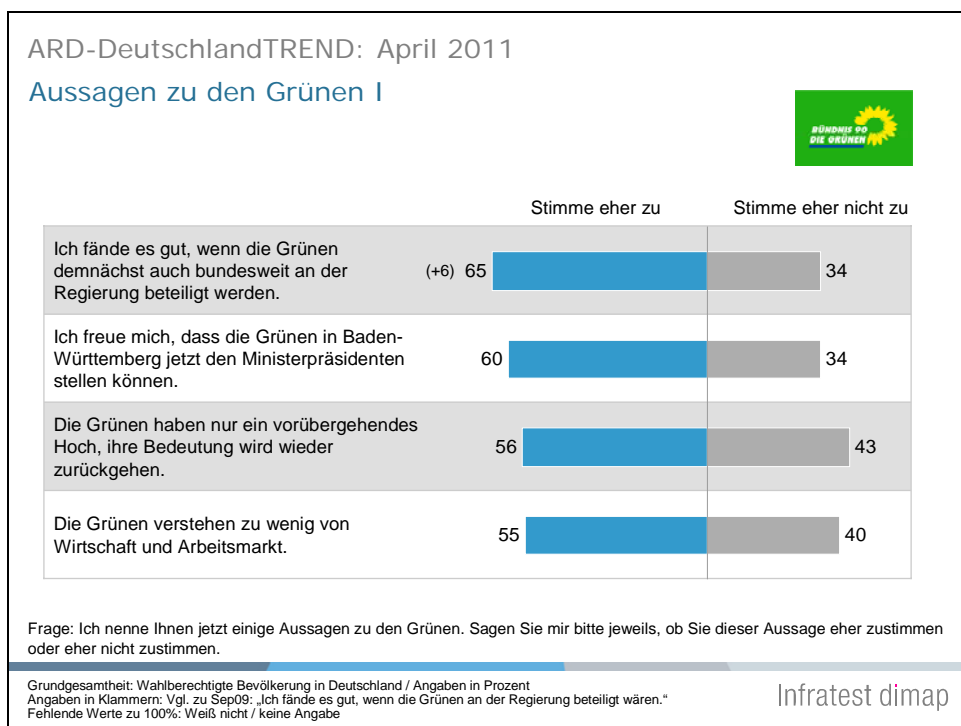
Nach der Sicherheitsprüfung der Atomkraftwerke in Deutschland will die Bundesregierung entscheiden, wie mit den abgeschalteten Meilern umgegangen werden soll. Aus Sicht der Bevölkerung ist das Vorgehen nach dem Auslaufen des Moratoriums klar: die Kernkraftwerke sollten aus Sicht von 67 Prozent abgeschaltet bleiben. Lediglich 28 Prozent plädieren dafür, dass ein Teil davon wieder ans Netz geht. Ganze 3 Prozent sprechen sich für ein Wiederauffahren aller acht Atommeiler aus.



Während die Unions-Anhängerschaft in dieser Frage gespalten ist, votieren in Reihen der Grünen-Anhänger 88 Prozent für ein dauerhaftes Abschalten aller acht Meiler.

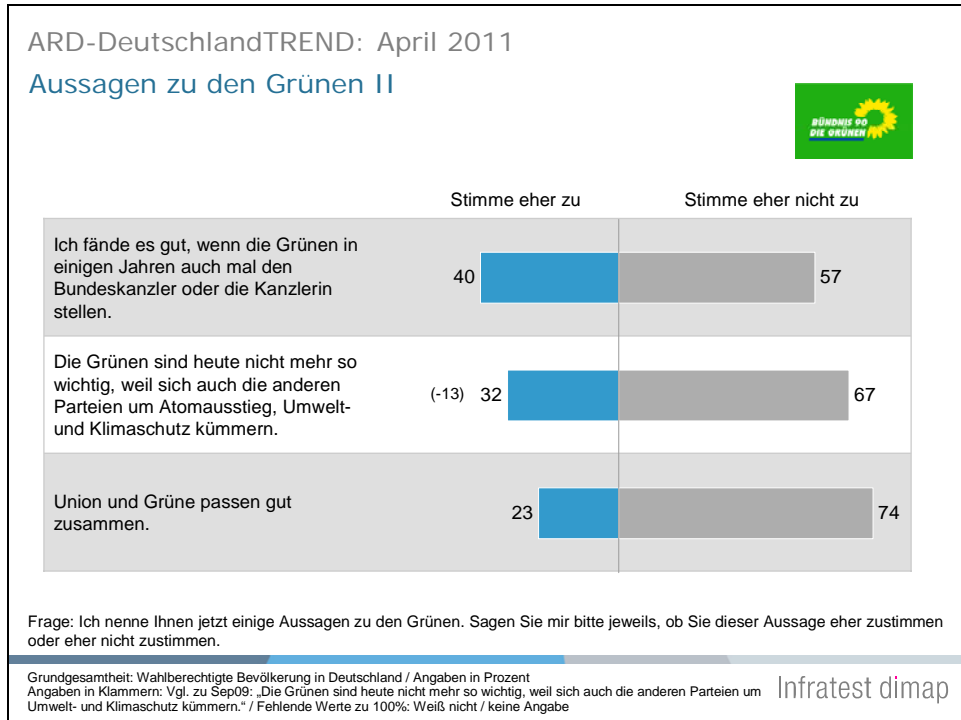
Ministerpräsident der Grünen findet viel wohlwollende Resonanz

Die Atom-Katastrophe im japanischen Fukushima vor drei Wochen hat die politische Landschaft bei den Landtagswahlen im Südwesten und auf Bundesebene stark durcheinander gewirbelt und den Wahlausgang in Baden-Württemberg maßgeblich beeinflusst. Dass mit Winfried Kretschmann voraussichtlich bald der erste grüne Ministerpräsident vereidigt wird, trifft bei einer Mehrheit aller Bundesbürger auf eine positive Resonanz (60 Prozent). Eine zukünftige erneute Beteiligung der Grünen an der Bundesregierung würden zwei Drittel (65 Prozent) begrüßen, auch wenn ein grüner Kanzler mehrheitlich auf Skepsis stößt.



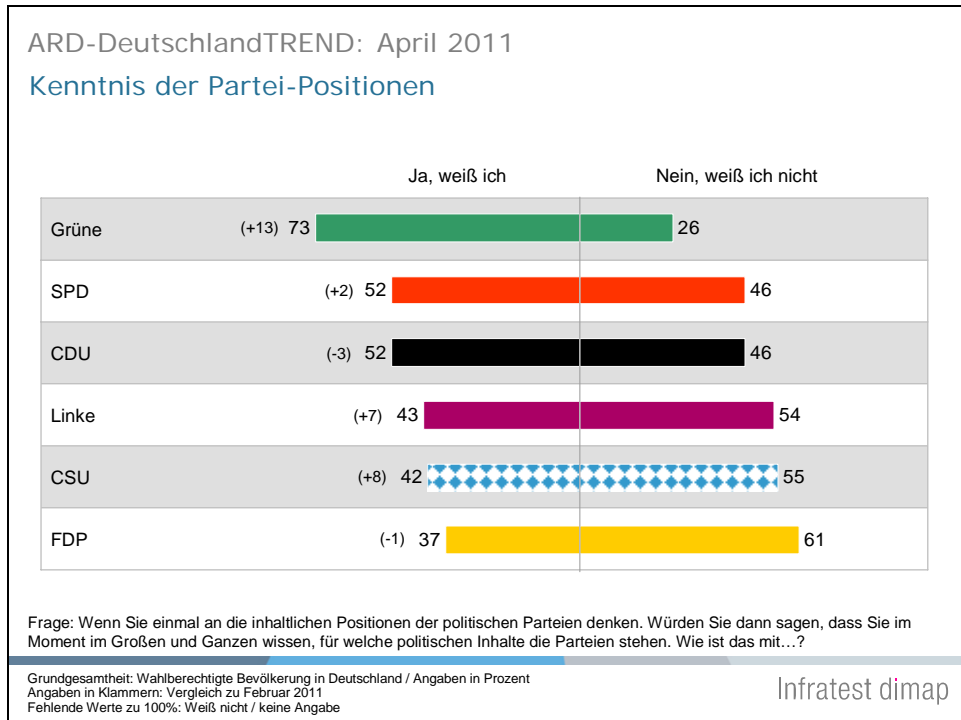
Auch wenn eine Mehrheit (55 Prozent) konstatiert, dass die Öko-Partei zu wenig von Wirtschaft und Arbeitsmarkt versteht, betonen zwei Drittel (67 Prozent) die Bedeutung der Grünen wegen ihrer ausgewiesenen Kompetenz in der Atom-, Umwelt- und Klimapolitik. Die anderen Parteien mögen diese Forderungen längst auch in ihren Forderungskatalog übernommen haben, den Grünen dort den Rang abzulaufen, vermögen sie jedoch nicht. Zwar sind 56 Prozent der Auffassung, dass die Bedeutung der Grünen wieder zurückgehen wird, aber immerhin 43 Prozent sehen den Bedeutungszuwachs als dauerhaft an.

Mit dem Bruch der schwarz-grünen Koalition in Hamburg im letzten Jahr schien dieses Regierungsmodell gänzlich gescheitert zu sein. Doch nach der energiepolitischen Wende der Bundeskanzlerin wird wieder über Schwarz-Grün debattiert. Dass die beiden Parteien gut zusammen passen glauben trotz des inhaltlichen Schwenks der Union nur 23 Prozent der Wahlberechtigten, 74 Prozent glauben das nicht. Auch in den Anhängerschaften von Union (27:71 Prozent) und Grünen (28:68 Prozent) sind sieben von zehn der Ansicht, dass die zwei Parteien nicht gut harmonieren.



Politische Inhalte der Grünen am bekanntesten

Im Parteienwettbewerb hat die Partei bessere Chancen, die sich programmatisch klar und in Abgrenzung zu den anderen Parteien positionieren kann. Dies gelingt derzeit am besten den Grünen: Rund drei Viertel der Deutschen (73 Prozent) geben an, sie wüssten im Großen und Ganzen über die politischen Inhalte der Grünen Bescheid, deutlich mehr als noch im Februar.

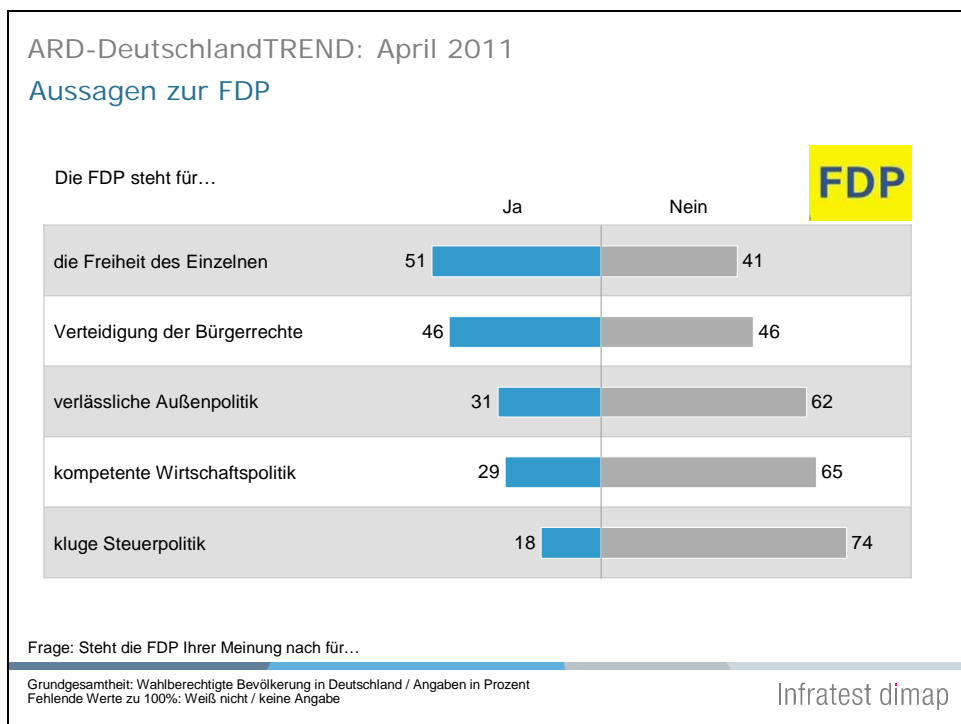


Rund jeder Zweite glaubt, die spezifischen Positionen der SPD bzw. der CDU (jeweils 52 Prozent) im Wesentlichen zu kennen. Nicht ganz so gut bestellt ist es um die bundesweite Profilschärfe der CSU. Hier erklären 42 Prozent, sie könnten die Positionen der Partei zutreffend einschätzen. Ähnlich hoch ist der Wert für die Linken (43 Prozent).

Die größte Verunsicherung besteht wie im Februar im Hinblick auf die FDP, deren politische Inhalte für 37 Prozent klar definiert sind, während 61 Prozent nach eigenem Bekunden nicht so recht wissen, wofür die Liberalen stehen.

Liberales Profil: FDP kann in ihren Regierungsressorts nicht punkten

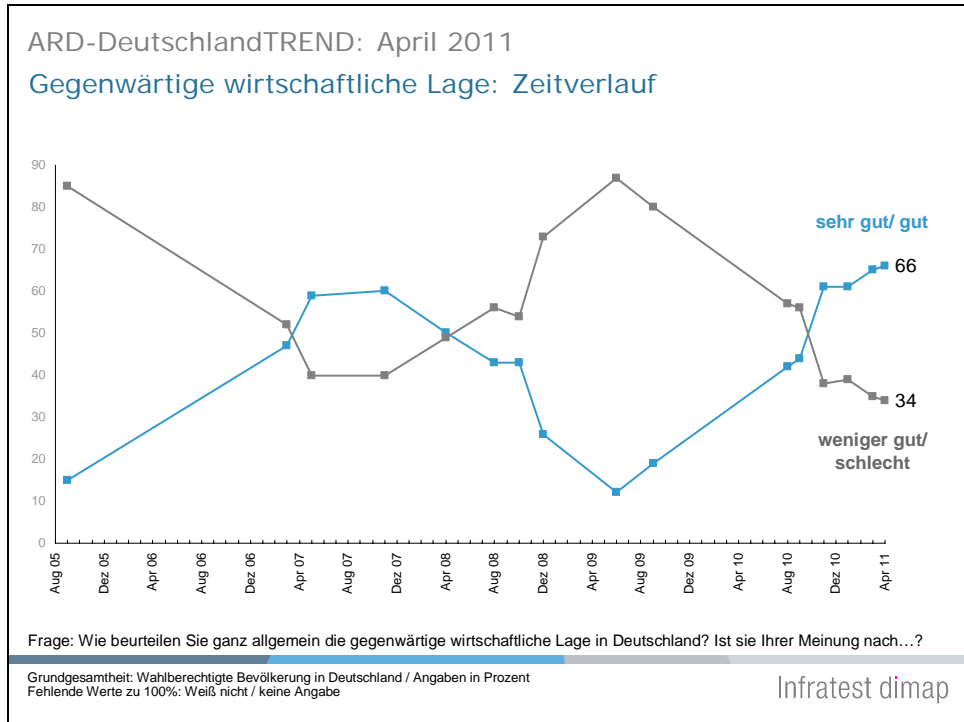
Der Mangel an klaren politischen Inhalten der FDP ist offenbar begründet in einer fehlenden Profilierung bei ihrem Gewinnerthema der Bundestagswahl'09 und in den von ihr besetzten Regierungsressorts. Nach Ansicht einer großen Mehrheit der Deutschen stehen die Liberalen momentan weder für eine kluge Steuerpolitik (74 Prozent), die jahrelang im Fokus ihrer Programmatik stand, noch für eine kompetente Wirtschaftspolitik (65 Prozent) bzw. eine verlässliche Außenpolitik (62 Prozent) – für Bereiche also, für die sie seit rund anderthalb Jahren Regierungsverantwortung trägt.



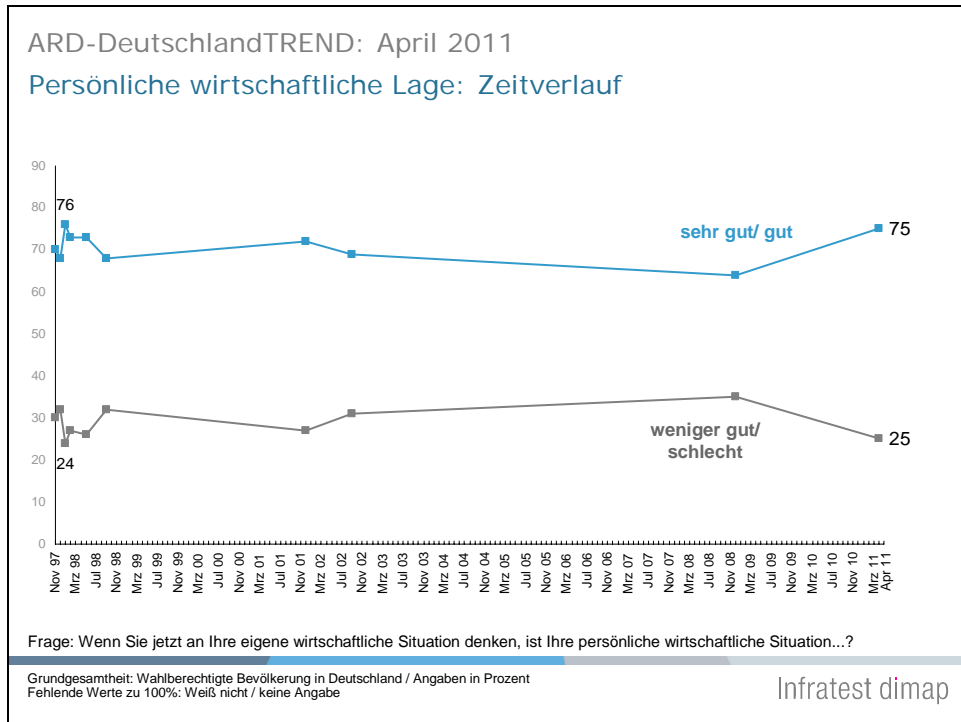
Noch am ehesten verbindet man mit der FDP der Einsatz für die Freiheit des Einzelnen (51 Prozent) und die Verteidigung der Bürgerrechte (46 Prozent) – Bereiche, die auch aus Sicht vieler Liberaler von der Parteispitze zuletzt eher vernachlässigt wurden. Gerade für die seit der letzten Bundestagswahl abgewanderten FDP-Wähler sind dies die beiden Themen, die noch am stärksten liberales Profil erkennbar werden lassen.

Bewertung der wirtschaftlichen Lage auf neuem Rekordhoch

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wird von der Bevölkerung weiterhin überwiegend positiv eingeschätzt. Insgesamt 66 Prozent halten sie für sehr gut oder gut, während 34 Prozent die ökonomische Situation eher skeptisch sehen. Damit hat sich der seit November letzten Jahres zu beobachtende Trend zu einer günstigen Bewertung der wirtschaftlichen Lage fortgesetzt: Noch nie war die im ARD-DeutschlandTREND gemessene wirtschaftliche Stimmung besser.

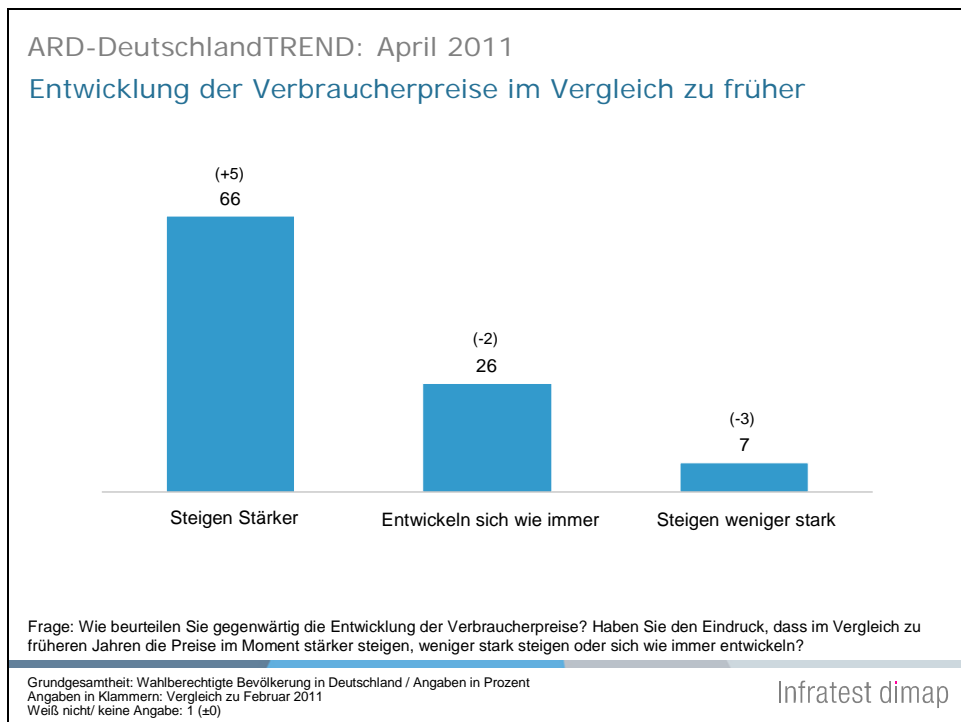


Auch die persönliche ökonomische Situation lässt für die weit überwiegende Mehrheit der Bundesbürger kaum zu wünschen übrig. Drei von vier stufen sie als sehr gut oder gut ein, für jeden Vierten stellt sich die Lage nach eigenem Bekunden als weniger gut oder schlecht dar.

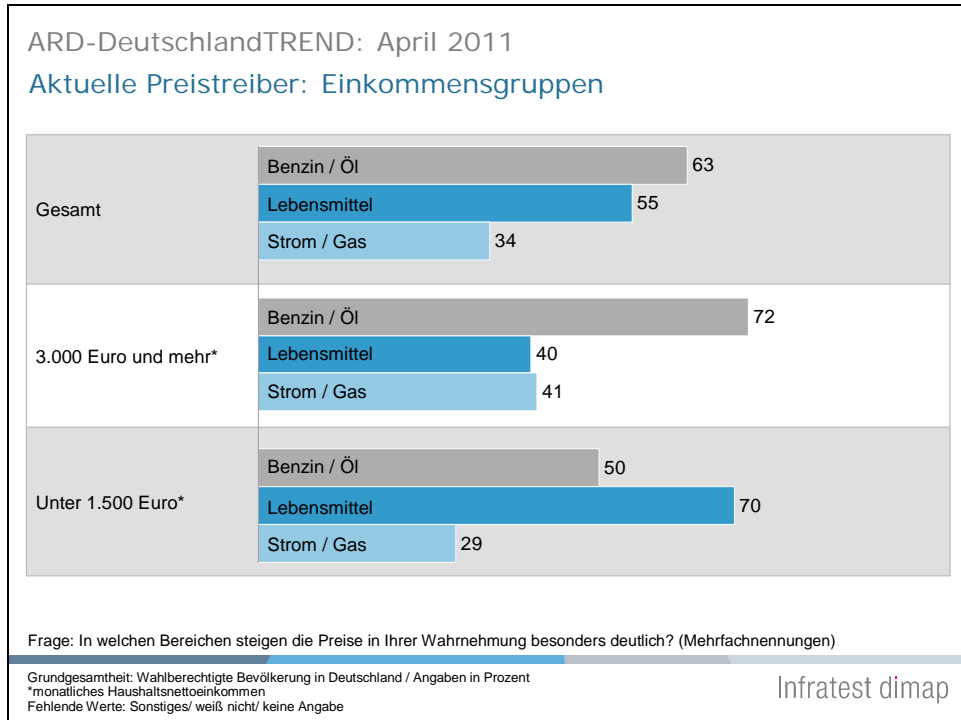


Zwei Drittel klagen über steigende Preise

Bislang ungetrübt bleibt die wirtschaftliche Stimmung der Bundesbürger von der Preisentwicklung. Das Statistikamt der Europäischen Union hat vor wenigen Tagen einen unerwartet deutlichen Preisauftrieb gemeldet. Dies deckt sich mit den subjektiven Erfahrungen der Bürger, die zu zwei Dritteln (66 Prozent) beklagen, dass die Verbraucherpreise derzeit stärker steigen als in früheren Jahren. Sieben Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Ein Viertel (26 Prozent) meint, dass sich die Preise wie immer entwickeln. Im Vergleich zum Februar hat sich der Eindruck eines Preisauftriebs bei den Bürgern weiter verstärkt.



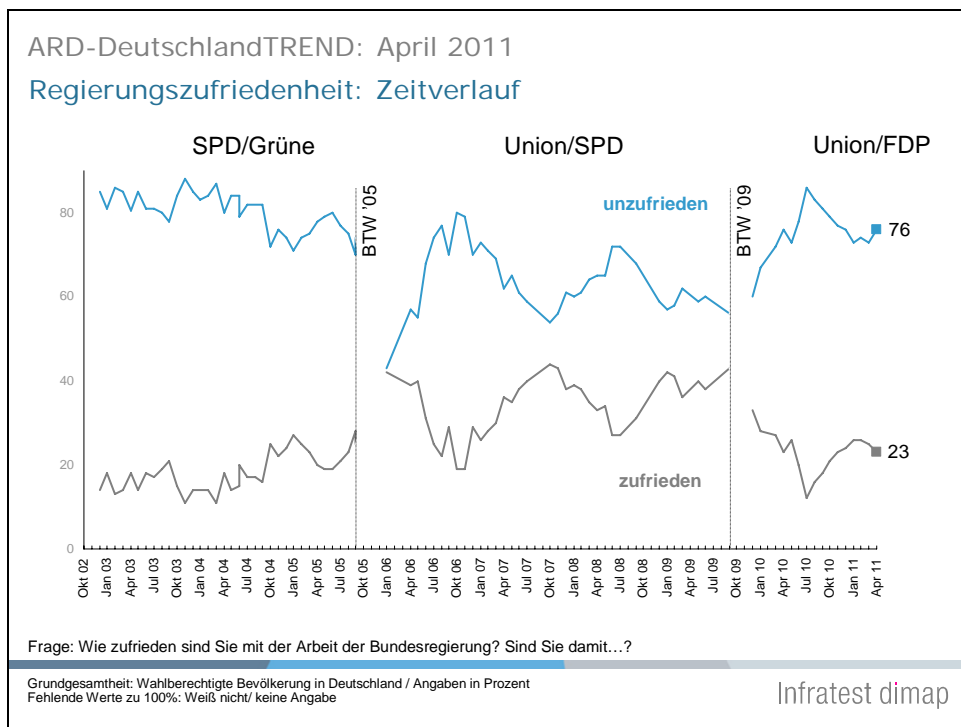
Als Preistreiber gelten im April vor allem Benzin und Öl (63 Prozent) sowie Lebensmittel (55 Prozent). Darüber hinaus machen 34 Prozent die Kosten für Strom und Gas als Verursacher höherer Belastungen der Haushalte aus.



Die Preissensibilität variiert erkennbar in Abhängigkeit vom zur Verfügung stehenden Einkommen. Für Haushalte mit einem Nettoeinkommen von über 3.000 Euro sind die Benzinpreise (72 Prozent) derzeit die stärksten Preistreiber. Haushalte mit einem Einkommen von unter 1.500 Euro beklagen in erster Linie steigende Lebensmittelpreise (70 Prozent).

Zufriedenheit mit der Bundesregierung gesunken

Von der nochmals verbesserten wirtschaftlichen Stimmung vermag die Bundesregierung weiterhin nicht zu profitieren. Nach Ansicht von nur 23 Prozent der Bürger leistet das Kabinett Merkel eher gute Arbeit. Rund drei Viertel sind mit dem Kurs der Bundesregierung hingegen weniger (52 Prozent) bzw. gar nicht zufrieden (24 Prozent). Die Wende in der Atompolitik hat – zumindest kurzfristig – nicht zu einem größeren Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung geführt. Eher das Gegenteil ist der Fall, denn die Zustimmungswerte sind nach einer leichten Erholungsphase in den letzten vier Wochen sogar leicht zurückgegangen.

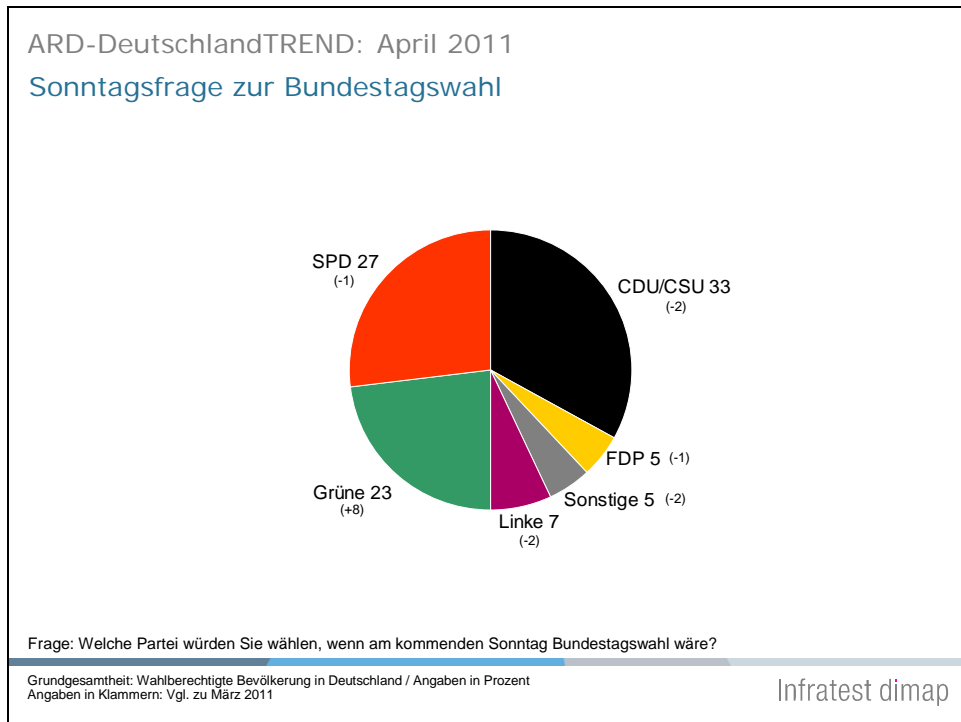


Überwiegend zustimmende Äußerungen zur Arbeit der Bundesregierung finden sich mit 55 Prozent nach wie vor allein in den Reihen der Unions-Anhänger. Die Anhänger des liberalen Koalitionspartners kritisieren hingegen mit 57 Prozent mehrheitlich die Leistungen des Kabinetts. Im Lager der Opposition gibt es nur sehr wenig Zustimmung zur Politik der Bundesregierung.

Sonntagsfrage: Grüne erneut auf Rekordhoch

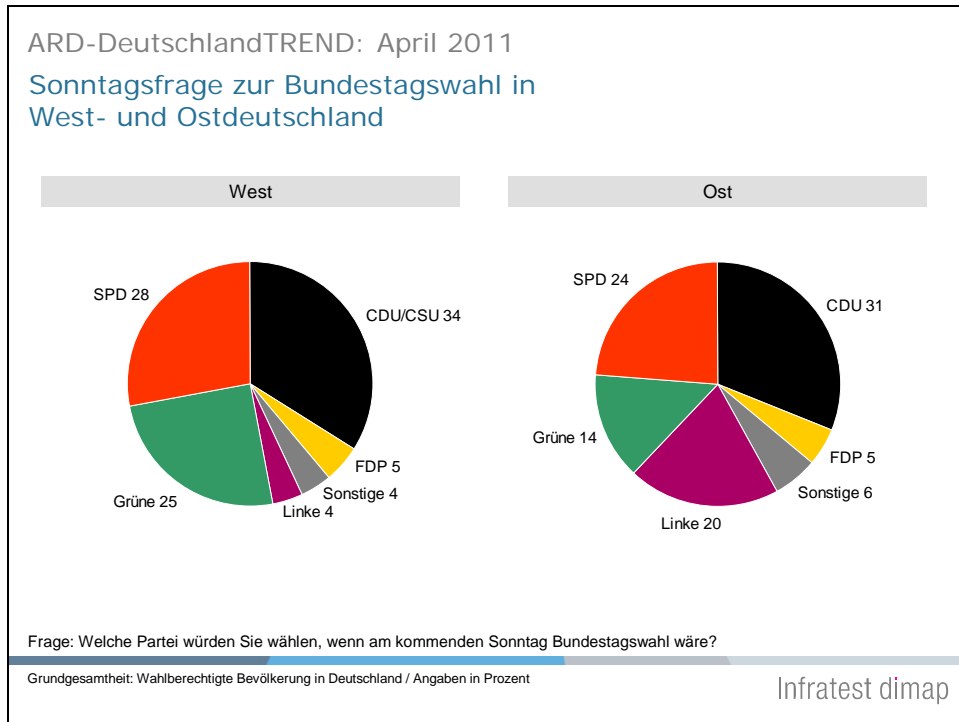
Angesichts des geringen Ansehens der Bundesregierung und der von der Atompolitik dominieren Themenagenda ist die politische Stimmung derzeit günstig für die Grünen. Wenn bereits am nächsten Sonntag der Bundestag neu gewählt würde, käme Bündnis90/Die Grünen auf 23 Prozent. Damit konnte die Öko-Partei ihren Stimmenanteil im Verlauf der letzten drei Wochen nach dem Atomunglück in Fukushima um insgesamt acht Punkte steigern und ihren bisherigen Rekordwert aus dem November 2010 einstellen.

Die Union könnte aktuell 33 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, ein Minus von 2 Punkte binnen Monatsfrist. Neben der FDP (5 Prozent, -1) verlieren auch die Sozialdemokraten (27 Prozent, -1) und die Linken (7 Prozent, -2) an Zustimmung in der Wahlbevölkerung. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 5 Prozent (-2).

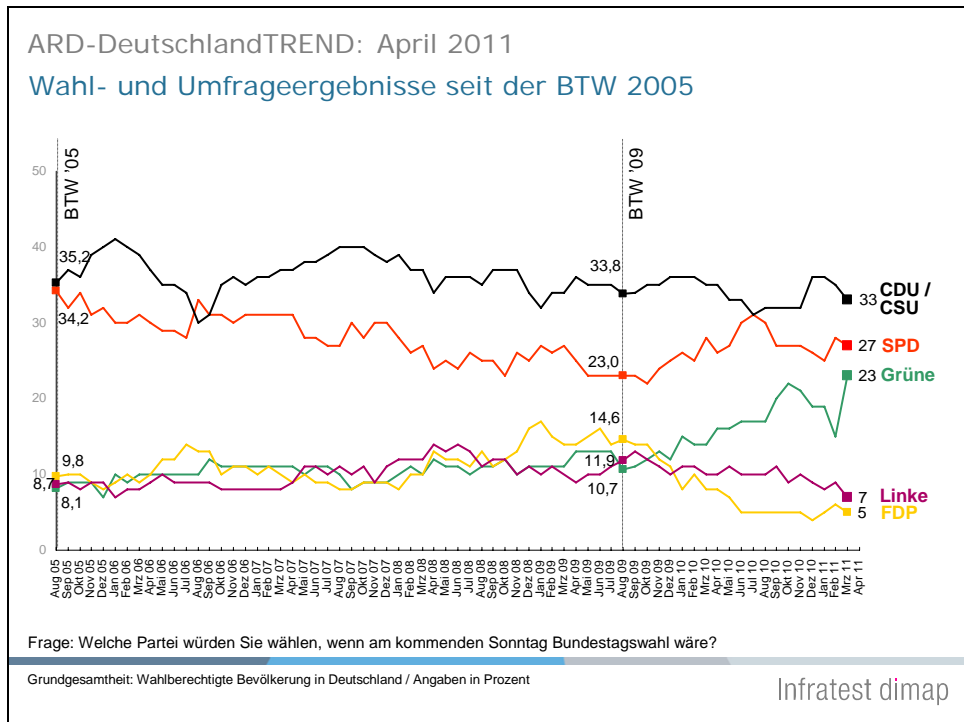


Wäre dies das Ergebnis eines Urnengangs, wäre Rot-Grün mit zusammen 50 Prozent der Stimmen etwa so stark wie zuletzt im Februar 2000 (damals 51 Prozent).

In den *alten Bundesländern* erreicht die Union aufgrund leichter Verluste nur noch 34 Prozent, die SPD nur noch 28 Prozent. Die Grünen legen auf 25 Prozent zu. Sowohl FDP (5 Prozent) als auch Linke (4 Prozent) liegen um die 5-Prozentmarke.



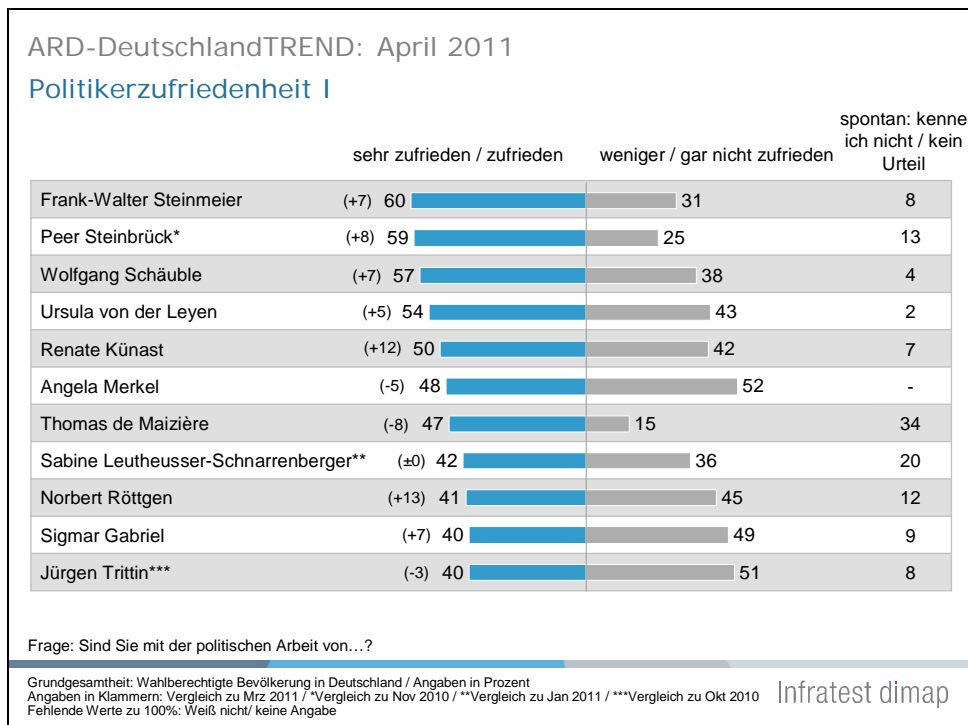
In den *neuen Bundesländern* würde die CDU konstant 31 Prozent der Stimmen erreichen mit deutlichem Abstand vor den Sozialdemokraten (24 Prozent) und der Linkspartei (20 Prozent), die beide Einbußen zu verzeichnen haben. Die Grünen (14 Prozent) können auch hier ihren Wähleranteil ausbauen – wenn auch nicht so deutlich wie in den alten Bundesländern. Die FDP liegt wie im Westen lediglich bei 5 Prozent.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler immer kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Politikerbewertung: Steinmeier und Steinbrück führen Rangliste an

Die Liste der beliebtesten Politiker wird im April von zwei Sozialdemokraten angeführt. Frank-Walter Steinmeier wird von 60 Prozent für seine Arbeit gelobt, ein Plus von 7 Punkten gegenüber dem Vormonat. Damit liegt zum ersten Mal seit April 2009 – damals ebenfalls Steinmeier in seiner Funktion als Außenminister – wieder ein SPD-Politiker an der Spitze der Rangliste. Fast gleichauf folgt der frühere Finanzminister Peer Steinbrück mit 59 Prozent. Auch der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel kann sich mit 40 Prozent (+7) über steigende Popularität freuen, ist aber weiterhin im Mittelfeld platziert.



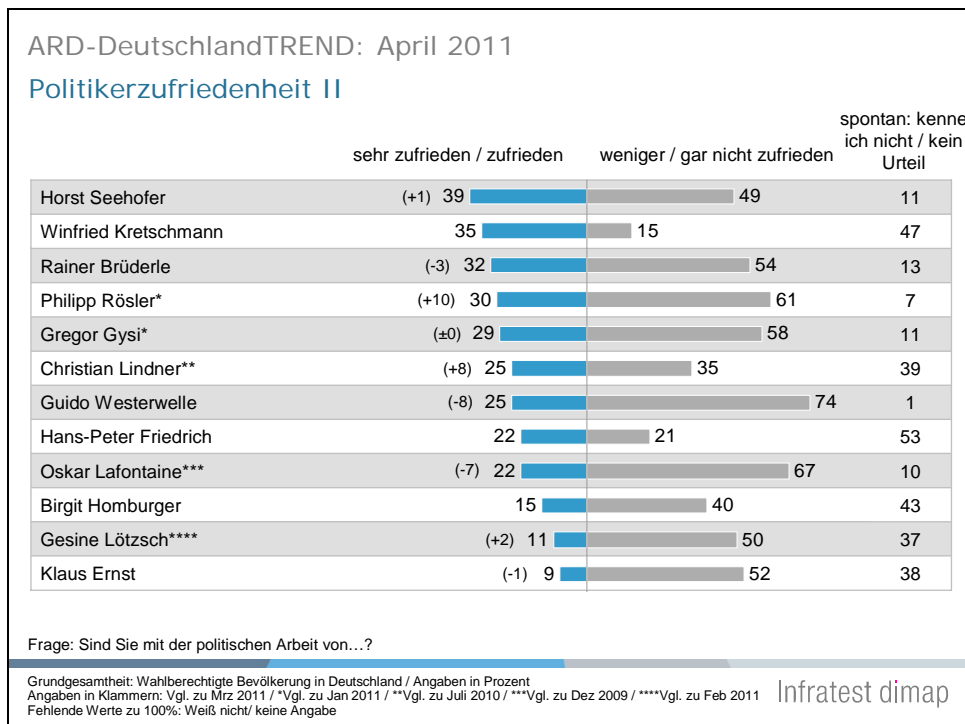
Das Vertrauen der Bürger in Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich in den letzten Wochen abgeschwächt. Zustimmende Äußerungen zur ihrer Arbeit sind derzeit von 48 Prozent zu hören, ein Minus von 5 Punkten binnen vier Wochen.

Im Gegensatz zur Regierungschefin vermochten einige Mitglieder ihres Kabinetts ihr Ansehen zu verbessern. Dies gilt in erster Linie für Umweltminister Norbert Röttgen, der sich von 28 auf 41 Prozent Zustimmung steigerte. Aber auch Finanzminister Wolfgang Schäuble (57 Prozent, +7) und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (54 Prozent, +5) stehen aktuell besser da als im März. Schäuble erreicht damit seinen besten Wert seit November 2006 – damals wurde er noch als Innenminister bewertet.

Der neue Verteidigungsminister Thomas de Maizière kann mit 47 Prozent ebenfalls mehr Lob als Tadel (15 Prozent) für sich verbuchen. Die Meinungen über seinen Nachfolger im Amt des Innenministers Hans-Peter Friedrich fallen mit 22 Prozent positiven und 21 Prozent skeptischen Meinungen zwiespältig aus. Die Mehrzahl der Bürger (57 Prozent) traut sich aber noch kein Urteil über den CSU-Politiker zu.

Von den FDP-Politikern wird nur die Arbeit von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger mehrheitlich wohlwollend bewertet (42 zu 36 Prozent). Die anderen liberalen Regierungsmitglieder bekommen durchweg mehr Kritik als Lob. Dies gilt sowohl für Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (32:54 Prozent), als auch für den designierten neuen FDP-Vorsitzenden Philipp Rösler. Der Gesundheitsminister zieht mit 61 Prozent weit mehr Kritik als Anerkennung auf sich, die ihm von 30 Prozent zugesprochen wird. Noch verstärkt gilt dies für Außenminister Guido Westerwelle mit 74 zu 25 Prozent. Der scheidende FDP-Chef musste dabei in den letzten Wochen einen Ansehensverlust von 7 Punkten hinnehmen. Überwiegend kritisch äußern sich die Bundesbürger auch über den FDP-Generalsekretär Christian Lindner (25:35 Prozent) und, mehr noch, über die Vorsitzende der liberalen Bundestagsfraktion Birgit Homburger. Lediglich 15 Prozent sind mit ihrer Arbeit zufrieden, 40 Prozent melden hingegen Kritik an.

Der Blick auch die seit der Bundestagswahl 2009 abgewanderten FDP-Wähler macht die kritische Sicht auf das liberale Spitzenpersonal besonders deutlich. Während Außenminister Westerwelle unter den aktuellen FDP-Anhängern bei rund drei Vierteln Zustimmung genießt, sind es bei seinen ehemaligen Wählern lediglich drei von zehn. Ähnliches gilt für den Wirtschafts- und den Gesundheitsminister. Lediglich die Justizministerin bekommt von den abgewanderten FDP-Wählern mehr Zuspruch als von den aktuellen Parteianhängern.



Nahezu unverändert fallen die Ansehenswerte des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer aus; 39 Prozent zustimmenden Äußerungen stehen 49 Prozent skeptische Urteile gegenüber.

Im Gefolge der guten Werte für die Partei haben sich auch die Sympathiewerte für die Grünen-Fraktionsvorsitzende Renate Künast deutlich verbessert. Im April wird sie von 50 Prozent für ihre Arbeit gelobt, im Vergleich zum März ein Plus von 12 Punkten. Ihr Fraktionskollege Jürgen Trittin zieht mit 51 Prozent allerdings mehr Kritik als Anerkennung (40 Prozent) auf sich. Er hat aber aktuell bessere Imagewerte als früher.

Mit Winfried Kretschmann wird aller Voraussicht nach zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Vertreter der Grünen zum Ministerpräsidenten eines Bundeslandes gewählt. Noch vor kurzem außerhalb von Baden-Württemberg nahezu unbekannt, traut sich nun jeder zweite Bundesbürger ein Urteil über den designierten Stuttgarter Regierungschef zu. Diese fallen mit 35 zu 15 Prozent weit überwiegend positiv aus.

Die Spitzenpolitiker der Linken genießen bei den Bürgern wenig Vertrauen. Noch am meisten Zustimmung erfahren die weithin bekannten Protagonisten der Partei Gregor Gysi (29 Prozent) und Oskar Lafontaine (22 Prozent). Die beiden Vorsitzenden der Linken, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, erreichen hingegen nur Werte von 11 bzw. 9 Prozent.